



WIE DIE WELT REGIERT WIRD (IV)

Fast überall im Westen beklagen Bürger die Ohnmacht des Staates, das kleine Dänemark ist eine Ausnahme. Die Regierenden bekommen in internationalen Rankings Bestnoten, und die Regierten bedanken sich mit großem Ver-

trauen. Der letzte Teil der SPIEGEL-Serie beschreibt, wie die Dänen mit sachorientierter Politik beim Umbau ihrer Energieversorgung zur Weltspitze aufstiegen. Und in einem Essay schreibt der Politologe Herfried Münkler über das „absehbare Ende der parlamentarischen Demokratie“.

Die Bändiger des Windes

Dänemark gilt als Modellstaat effizienten Regierens. Nirgends zeigt sich das besser als am Siegeszug erneuerbarer Energien. *Von Manfred Ertel und Gerald Traufetter*

Der Flügel des Windrads ist aus einfachem Holz, rot angestrichen und misst exakt 1,20 Meter, die geschwungenen Kanten sind nur grob geschliffen. Nichts deutet darauf hin, dass mit diesem unscheinbaren Instrument der Aufstieg eines Weltkonzerns und der Umbau eines ganzen Landes begann.

„Das Ding hab ich damals in einer verstaubten Ecke des Stalls gefunden“, erzählt Henrik Stiesdal. „Ich erinnere mich noch genau, wie ich es damals mit meiner Hand das erste Mal in den Wind gehalten habe“, sagt der Mann mit dem blonden schütterten Haar.

Seine blauen Augen strahlen, als wäre der Moment wieder da, über 35 Jahre später: „Plötzlich habe ich diese Kraft gespürt und gedacht: Genau das ist es!“

Stiesdal springt von seinem Stuhl hoch, auf dem er noch eben lässig herumgekipelt hat. Er will raus aus seinem Büro im ersten Stock, will zeigen, was aus diesem roten Holzteil entstanden ist. Der 55-jährige Technikchef von Siemens Wind Power stürmt in Richtung einer großen Halle, deren Mauern aus schwarzem Granit in der Sonne funkeln.

Drunten angekommen, öffnet sich der Blick auf eine große Fertigungsstraße, ein bisschen so wie in einer Autofabrik. Allerdings schrauben die Arbeiter hier an weißen Stahlquadern herum, die so groß sind wie ein kleines Einfamilienhaus. Sein rotes Rotorblatt hat Stiesdal immer noch dabei. Doch im Vergleich zu den 400 Tonnen schweren Windradgondeln, die hier auf Luftkissen bewegt werden, schrumpft es auf Spielzeugformat. Genau diesen Effekt will Stiesdal bei seinen Besuchern erreichen: „Die sollen kapieren, welche rasante Entwicklung die Windindustrie in 30 Jahren genommen hat“, sagt er.

Stiesdal gilt als einer der Gründungsväter der Windindustrie, in Dänemark und auf der ganzen Welt. Er stand gerade vor dem Abitur, als es dem Bauernhof seines Vaters ähnlich schlecht ging wie



Offshore-Windpark Middelgrunden bei Kopenhagen: Weithin sichtbares Zeichen für den Erfolg

dem ganzen Land: Es war Ölkrise, die Araber hatten ihre Förderung gedrosselt, der Winter war kalt, und die Regierung rief ihre Bürger dazu auf, nur noch einen Raum im Haus zu heizen.

Ausgerechnet an diesem heiklen Zeitpunkt ihrer Geschichte stellten die Dänen unter Beweis, einen besonders gut organisierten Staat zu haben; einen, der reagieren und sich anpassen kann. Der Ruf Dänemarks als Modellstaat modernen Regierens, als Muster von Innovationsfähigkeit und Transparenz, als Beweis dafür, dass eine demokratische Regierung ihre Bürger auch überzeugen kann, nahm in diesen Jahren seinen Anfang, und Stiesdal war eine der Schlüsselfiguren.

Zusammen mit einem geschickten Handwerker aus seinem Heimatdorf in Jütland baute er den ersten wirtschaftlich nutz-

baren Prototyp eines Windrads. Sie bekamen 50 000 Kronen, heute etwa 23 000 Euro, vom Staat geliehen, der verzweifelt nach einem Ersatz für die ausbleibenden Erdöltanker suchte. Die Lizenz für den Prototyp verkauften sie 1979 an die Firma Vestas. „Die produzierten damals noch Traktoren und Kräne“, sagt er.

Inzwischen ist Vestas der weltgrößte Produzent von Windkraftanlagen, und Stiesdal entwickelt immer leistungsstärkere Anlagen – mittlerweile für die Firma Siemens, die im Jahr 2004 einen Vestas-Konkurrenten in der jütländischen Kleinstadt Brande aufgekauft hat. Stiesdals jüngster Clou: das Windrad ohne Getriebe. „Bei einer Leistung von sechs Megawatt ist die Maschine 150 Tonnen leichter und braucht weniger Wartung“, sagt er ohne jeden Anflug von Bescheidenheit.

Fast 200 Meter hohe Meisterwerke seien das, mit noch viel Entwicklungspotential, und ein Gedanke mache ihn stets besonders stolz: „Wir haben in diesem Werk bislang Turbinen mit insgesamt 15 000 Megawatt hergestellt“, rechnet er vor. Und die produzierten 35 Milliarden Kilowattstunden jedes Jahr. „Wissen Sie, wie viel Energie das ist?“, fragt er, ohne auf eine Antwort zu warten: „Der Stromverbrauch ganz Dänemarks!“

Nach Großbritannien seien die Windräder gegangen, nach Deutschland, in die USA, die ganze Welt. „Das ist der Beitrag dieses kleinen Landes gegen den globalen Klimawandel“, sagt der Windpionier.

Die Statistiken lesen sich in der Tat beeindruckend. Insgesamt rund 50 000 Windräder dürften mittlerweile exportiert worden sein aus dem Mini-Königreich zwischen Nord- und Ostsee, knapp 50 Prozent der Rotoren weltweit, Tendenz: abnehmend. Denn inzwischen eifern auch die großen Wirtschaftsnationen dem Erfolg der Dänen nach: Indien, China, die USA.

Doch neben den filigranen Turmbauten aus Fiberglas und Stahl ist das der Beitrag Dänemarks zu einem beispielhaft nachhaltigen Wirtschaften: Die parlamentarische Monarchie gilt als Labor und als Exempel für den Umbau eines ganzen Landes, weg von dreckiger Kohle, Öl und Gas, hin zu einer erneuerbaren Energiegewinnung.

Heute schon stammen in Dänemark 24 Prozent des Stromverbrauchs aus der Windkraft. Das ist Weltrekord. Bis 2020 soll es die Hälfte sein. Schließlich will das Land im Jahr 2050 gänzlich unabhängig von fossilen Brennstoffen sein.

Der technische Teil dieser Aufgabe, das ist jener Part von Henrik Stiesdal: Das sind immer effizientere Anlagen, leiser, solider – auch seegängig. In seinem Werk in Brande konzeptionierte er in den neunziger Jahren die Räder für den ersten Offshore-Windpark.

Darüber hinaus aber hat Dänemarks Energiewende auch eine grundsätzliche Dimension: Wie lässt sich eine solche Aufgabe durch Parlamente, Gerichte, Vorstandsetagen hindurchschleusen, ohne dass die Bürger misstrauisch werden – dass sie vielmehr sehen können, hier springt für mich etwas heraus. Wie verankert man eine Großtechnologie in den Köpfen der Bürger, wie verteilt man sie in die Steckdosen eines kompletten Landes?

Es ist die Herausforderung einer ganzen Menschheitsgeneration und ein Wettlauf: Wer den Wind als Erster bändigt, dem sind Wohlstand und Macht sicher. „Was glauben Sie, warum der chinesische Staatspräsident gerade zu Besuch in Dänemark war?“, fragt Stiesdal.

Dabei diene sein Land auch ohne die Erfolgsgeschichte der Windkraft in den Politikwissenschaften schon länger als Mo-



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

der dänischen Wind-Demokratie



Dänischer Energieminister Lidegaard, Windparkbetreiber Christiansen vor Middelgrunden, Windrad-Pionier Stiesdal: Spitzenplatz in puncto

dellstaat. Die wohl plakativste Formel dafür hat der Politologe Francis Fukuyama in seinem letzten Werk „The Origins of Political Order“ erklärt: „Getting to Denmark“. Für den Stanford-Professor, der mit seiner Proklamation vom „Ende der Geschichte“ weltberühmt wurde, ist das Nordland „ein mythischer Ort“, der bekannt sei für seine guten politischen und wirtschaftlichen Institutionen: „Es ist stabil, demokratisch, friedlich, prosperierend, integrierend und hat ein extrem niedriges Niveau an politischer Korruption.“

Fukuyama präsentiert Dänemark als „Wunder moderner Politik“, als einen Ort der Orientierung für alle gescheiterten und strauchelnden Staaten dieser Welt – und er entwirft eine Art Dreiklang erfolgreichen Regierens: Demnach erfordere es eine effektive Administration, ein transparentes Rechtssystem und eine Regierung, die dem Bürger jederzeit Rechenschaft ablegt.

Natürlich ist auch im Staate Dänemark das eine oder andere faul, weshalb der berühmte Satz aus Shakespeares „Hamlet“-Drama immer mal wieder als Metapher in politischen Kommentaren über das 5,6-Millionen-Volk taugt. Natürlich kann sich auch Dänemark nicht von den Kräften isolieren, die anderswo parlamentarische Demokratien unterhöheln (siehe Seite 100). Doch in internationalen Rankings landen die Nachfahren der Wikinger nicht nur in puncto Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit, Kampf gegen Korruption oder Zufriedenheit der Bürger regelmäßig auf Spitzenplätzen, sondern eben auch bei der Qualität ihrer Regierenden.

Die Bertelsmann-Stiftung etwa stellte in ihrem jüngsten Vergleich von nachhaltiger Politik in über hundert Nationen

fest: „Das grundsätzliche öffentliche Vertrauen in Regierung und Behörden ist hoch.“ Im Politikmanagement („sehr überzeugend“) stufte sie Dänemark auf Platz 3 ein, 8 Plätze vor Deutschland, 22 vor Frankreich. Staatliches Handeln in Kopenhagen sei außergewöhnlich „gläubwürdig und transparent“.

Welche Kraft dieser Dreiklang aus produktiver Verwaltung, straffer Justiz und Verantwortlichkeit der Regierenden entfalten kann, lässt sich in Dänemark nirgendwo besser studieren als an der Windkraft.

Gleich vor der Hafeneinfahrt von Kopenhagen steht das erste, weithin sicht-

„Ein tolles Gefühl, die Räder zu sehen und zu wissen, die sichern meine Rente.“

bare Zeichen für den Erfolg der dänischen Wind-Demokratie. Nur gut drei Kilometer vom Ufer entfernt, direkt vor dem Hausstrand der Hauptstädter, reihen sich 20 Windturbinen bogenförmig wie die Perlen an einer Halskette hinaus in den Öresund. „Außer ein paar alten Frauen stört das kaum jemanden“, sagt Erik Christiansen, 56, der Vorsitzende der Betreiberbergenossenschaft.

Bevor die gut hundert Meter hohen Windräder, jedes zwei Megawatt Leistung stark, Anfang 2001 ans Netz gingen, gab es gerade mal vier Einsprüche gegen das Großprojekt. Für deutsche Verhältnisse ist das unvorstellbar. Eine Kopenhagenerin beschwerte sich damals, die Rotoren

stunden so dicht am Ufer, dass sie die Windanlagen jeden Tag sehen müsse. „Natürlich, das ist ja auch der Grund“, lautete die schlichte Antwort. „Wir wollten alternative Energie sichtbar machen“, sagt Christiansen.

Mit sieben Leuten verwaltet er die Kooperative seit ihrer Gründung im Jahr 1997. Heute teilen sich 8642 Mitglieder 50 Prozent der Anteile, den Rest hält der öffentliche Energiekonzern Dong. Christiansen ist ein gemütlicher Jurist, der grün und ökologisch denkt, aber keine Mission daraus macht.

Damit verkörpert der Mann mit dem unscheinbaren Schnauzbar und der eckigen Metallbrille einen Charakterzug, den viele Politologen für den Erfolg dänischer Konsenspolitik verantwortlich machen: „Ideologieimmunität“, so diagnostiziert der Berliner Skandinavist Bernd Henning beim nördlichen Nachbarvolk.

Statt revolutionärer Brüche galt dort schon immer Kontinuität als Erfolgsgarant. Politisches Denken und Handeln müssten sich auf eine nachvollziehbare Realität beziehen, so empfahl es der große dänische Philosoph Søren Kierkegaard.

Nachvollziehbare Realität, das ist in Sachen Windkraft der Wille, sich nie mehr in die Abhängigkeit eines fossilen Rohstoffs bringen zu müssen.

Der Windpark vor den Toren Kopenhagens war lange Zeit der größte der Welt. Christiansen und seine Mitstreiter haben daran durchexerziert, wie man für ein solches Großprojekt Akzeptanz schafft – und Geld besorgt. Rund 180 Millionen Kronen, umgerechnet 24 Millionen Euro, musste der Verein aufbringen, um das Projekt zu realisieren. Schon nach einem Jahr war das Geld beisammen, der



FOTOS: JÖRG MÜLLER / AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Zufriedenheit der Bürger

Optimismus der Teilhaber schier grenzenlos. Gesetze und Richtlinien als Grundlage für den Bau gab es nicht, Regeln und Rahmen wurden am wachsenden Objekt erprobt und festgelegt.

Zwar drehen sich die Räder in bester Lage, dennoch blieb es bei der Handvoll Proteste. Einige Fischer meuterten. Dabei dürfen sie an dieser Stelle wegen der Wasserbelastung gar keine Netze ausbringen. Manche Segler klagten über den befürchteten Betriebslärm der Propeller, deren Schall kilometerweit über das Wasser getragen würde, besorgte Naturfreunde warnten vor tausendfachem Vogelotod.

All das sind Einwände, die es auch in anderen Ländern gibt, und dennoch ist in Dänemark die Windenergie eine „Volksbewegung“ geworden, sagt Turbinenentwickler Stiesdal.

Allen Ressentiments einer protestantischen Landbevölkerung zum Trotz konnten die Tüftler – unter ihnen viele Hippies und Aussteiger – die Bauern und Kleinstädter überzeugen, ihre Felder bereitzustellen und ihnen Geld zu geben. „Man kämpft nicht gegen etwas, von dem man selber profitiert“, sagt Stiesdal, der als Manager weiß, dass es in anderen Ländern reiche Zahnärzte aus der Großstadt sind, mit deren Geld sich die Windräder drehen.

Nicht so in Dänemark. Zwar können die ursprünglichen Windkraftförderer die hohen Investitionssummen nicht mehr bereitstellen, und die großen Windparks beziehen ihr Kapital aus internationalen Investmentfonds, aber auch die Gemeinden investieren. Sie tragen 20 Prozent der Investitionssumme bei, so steht es im Gesetz. Offshore-Parks wie Dänemarks größter vor der Insel Anholt im Kattegat

bekommen ihr Geld aus Pensionsfonds. „Das ist doch ein tolles Gefühl, die Räder drehen zu sehen und zu wissen, die sichern meine Rente“, sagt Stiesdal.

Kaum ein Tag vergeht bei Siemens in Brande, an dem nicht wieder eine Abordnung von Parlamentariern, von Staatsbediensteten oder Bürgerinitiativen aus aller Welt durch die Hallen streift. „Die letzte war aus Südafrika“, sagt Stiesdal.

Als das deutsche Parlament im vorigen Jahr die Energiewende beschloss, schellte schon kurze Zeit später in Kopenhagen ein Telefon. Es gehört Hanne Windemüller, einer kleinen, resoluten Frau mit rotbraunen Haaren. Eine Kollegin aus dem Umweltministerium in Berlin war dran, weil sie wusste: Windemüller kann viel darüber berichten, wie sich ein Staat aufstellen muss, wenn er einen seiner Kernsektoren von Grund auf umkrepeln will.

Windemüller ist Abteilungsleiterin in der Dänischen Energieagentur und sitzt an einer Schlüsselposition für die ehrgeizigen Klimapläne ihres Landes. Im Frühjahr hat das Parlament sie gebilligt. Das bescherte der noch jungen, unter dem ständigen Verdacht der Unerfahrenheit leidenden Premierministerin Helle Thorning-Schmidt einen dringend benötigten politischen Erfolg – und Juristin Windemüller jede Menge Arbeit.

Gerade ist sie auf dem Weg ins nächste Meeting, schnell will sie noch etwas essen und hastet über den Flur. Dort herrscht jenes skandinavische Design aus Beton, Stahl und Holz, das von den gebildeten Eliten im Rest der Welt so gern kopiert wird. „Der Konsens im Parlament war überwältigend“, sagt sie, und diesen Konsens gab es mit wenigen Unterbrechun-

gen schon seit den ersten Versuchen der Windbauern von Jütland.

Was leidenschaftlichen Ideologen nach Stillstand und Gleichmacherei klingt, hat praktisch enorme Vorteile: „So ein Konsens trägt Großprojekte über die Legislaturperioden hinweg“, sagt Windemüller. Ihr politischer Vorgesetzter, der dänische Energieminister Martin Lidegaard, weiß sich der Unterstützung seiner Landsleute sicher: „Es sieht so aus, als ob die Dänen den Wind mögen.“

Über den unbedingten Willen der Skandinavier zum Konsens ist viel spekuliert worden. Wurzelt er in einem Protestantismus, der auf Reformen angelegt war und nicht auf Revolutionen? Schon früh machten sich die in Schwarz gewandeten Pastoren daran, dem Volk im ganzen Land Lesen und Schreiben beizubringen. Es sollte zumindest den Katechismus verstehen können. Das erzeugte eine für Europa beispiellos frühe Mündigkeit der Massen, schwärmt Politologe Fukuyama in seinem Buch.

Die Suche nach einvernehmlichen Lösungen dürfte in einem kleinen Land wie Dänemark allerdings auch pragmatische Gründe haben. Einigkeit jedenfalls könnte eine Lehre aus vielen verlorenen Kriegen, allen voran dem Zweiten Schleswischen Krieg 1864, gewesen sein, der mit dem Verlust des südlichen Staatsgebietes einherging. „Nach innen gewinnen, was nach außen verloren wurde.“ Diese damals populäre Parole wird noch heute gern kolportiert, und man will sie so verstanden wissen: Ein kleines Land kann nur durch Zusammenhalt bestehen, nicht durch ideologische Streitereien.

Das dänische Konsenssystem gründet sich auf großes Vertrauen der Bürger in



FRANÇOIS LENOIR / REUTERS

Dänische Ministerpräsidentin Thorning-Schmidt: Dringend benötigter Erfolg

Staat und Politik. Und das ist in der Tat in Dänemark viel größer als in den meisten anderen westlichen Demokratien. Dass das so bleibt, dafür bürgen Repräsentanten wie Hanne Windemuller.

Ihr Team ist für die Errichtung der Offshore-Windparks zuständig. Es koordiniert alle zuständigen Ministerien, beschafft die erforderlichen Umweltstudien, Genehmigungen, stellt Richtlinien auf, alles unter einem Dach. „Wir haben berechnet, wie viel Windleistung wir für unser Energieziel brauchen“, erklärt Windemuller. Dann hat ihre Gruppe in den Gemeinden nach möglichen Standorten gefragt, die besten ausgesucht und alle notwendigen Voruntersuchungen gemacht.

„So etwas erledigen wir für die Investoren“, sagt Windemuller, die es für unvorstellbar hält, dass ein Windunternehmen zuerst einen Marathon durch Ministerien und Behörden machen muss. Die Gebiete, die Windmüllers Mitarbeiter studiert und ausgewiesen haben, werden dann in einem Bieterverfahren an ein Unternehmen versteigert. „Den Zuschlag bekommt die Firma, die den günstigsten Kilowattpreis anbietet“, sagt die Staatsdienerin, die burschikos wirken, aber wenig später auch herzlich lachen kann.

Für alle Beteiligten habe dieses Verfahren Vorteile: Die Unternehmen wissen genau, woran sie sind. „Die können fest davon ausgehen, dass nicht Klagen oder neue Vorgaben aus der Verwaltung drohen“, sagt die ehemalige Ölmanagerin.

Auch der Staat profitiert von der Effizienz jener zentralen Planung: Er kann sicher sein, dass vorgegebene Ziele auch eingehalten werden. Ein Missstand wie in Deutschland, wo auf Kosten der Verbraucher Milliarden in die hierzulande

ineffiziente Photovoltaik gesteckt werden, wäre in Dänemark kaum denkbar.

Die Bürger können nach diesem transparenten Verfahren auf einen Erfolg des Projekts hoffen – und in der Regel danken sie es ihren Autoritäten mit Gefolgschaft. Vertrauen schließt allerdings auch ein, dass alle Beteiligten Rechenschaft ablegen müssen: die Unternehmen über die Einhaltung der Vorgaben im Bieterverfahren.

Aber auch ihre eigene Behörde muss für höchste Transparenz sorgen. „Korruption“, sagt Windemuller und schiebt ihr leeres Tablett weg, als läge da ein Geldumschlag drauf, „die ist bei uns praktisch

Offenheit ist das Wesensmerkmal Skandinaviens, eines der Erfolgsgeheimnisse des Nordens.

nicht möglich.“ Kaum ein Detail des Verfahrens sei vor der Einsicht der Öffentlichkeit sicher.

Transparenz, das beruht in Dänemark auf Gegenseitigkeit: Bürger und Journalisten können in alles hineinschauen, was der Staat macht. Dafür müssen aber auch die Bürger dem Staat tiefere Einblicke in ihre Privatsphäre erlauben als anderswo.

Dieses Prinzip Offenheit ist ein Wesensmerkmal Skandinaviens. So liegt Dänemark im Korruptions-Ranking von Transparency International mal auf Platz eins, mal auf Platz zwei. Das mag viel mit dem puritanischen Protestantismus in diesen Ländern zu tun haben. Uner-

bittlich sorgten fromme Gemeindeführer jahrhundertlang für die Einhaltung aller Regeln. Doch Politologen halten diese Transparenz eben auch für eines der Erfolgsgeheimnisse Skandinaviens.

Denn Korruption ist wie eine korrodierende Flüssigkeit, die durch die Maschinerie des Staats läuft, die alles rosten lässt, bis sie schließlich zum Erliegen kommt. Glaubt das Volk, seine Regenten betreiben Vetternwirtschaft, dann schwindet auch dessen Wille mitzuziehen.

Für Windemuller ist klar: Kündigt die Regierung ein neues Großprojekt an, und der Reflex seiner Bürger besteht sogleich aus Prozessen und Protesten, dann ist in diesem Staate tatsächlich etwas faul. Die Energiemanagerin kann auch nicht so recht begreifen, warum der Widerstand gegen die Offshore-Windparks in Deutschland so groß werden konnte, dass sie hinter dem Horizont gebaut werden.

Es sei ja bei weitem nicht so, dass die Dänen besonders umweltbewusst seien. Windparks, insbesondere an Land, rufen auch in Dänemark Widersacher auf den Plan. Doch dann geht man daran, ihnen die Räder schmackhaft zu machen. Die Behörde verteilt Anreize: Ein Teil der Windenergieerlöse fließt für Umwelt- und Naturprojekte zurück an die Gemeinden. „Das ist eine nette zusätzliche Einnahmequelle für die“, sagt Windemuller.

Droht durch den Bau eines Windrads ein Wertverlust für umliegende Immobilien, werden die Eigner entschädigt. Außerdem bürgt der Staat, wenn eine lokale Betreibergenossenschaft pleitegehen sollte. „Das nimmt den Menschen vor Ort die Angst, sich zusammenzuschließen und in Windkraft zu investieren.“

Dafür wird in Dänemark auch nicht vor Gerichten prozessiert wie südlich der Grenze. Stattdessen stehen zwei Beschwerdekammern Einsprüchen der Bürger offen. Je ein Richter sitzt ihnen vor. „Wer Einwände hat, kann sie dort äußern“, sagt Windemuller. Sechs Monate, vielleicht ein Jahr dauert es bis zum Schiedsspruch. Eine Revision sei nicht vorgesehen. „Vor einem normalen Gericht ist meines Wissens noch nie geklagt worden“, sagt Windemuller und betritt auf die Minute pünktlich den Konferenzraum für ihre nächste Sitzung.

Sie werden auch über ein Büro reden, das die Agentur dieser Tage in Peking eröffnet. Das Milliardenvolk wolle sich beraten lassen, sagt Windemuller: „Das muss man sich mal vorstellen, von einem so kleinen Land wie Dänemark.“



Video:
Gerald Traufetter über die
Windrad-Nation Dänemark

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode
scannen, etwa mit der App „Scanlife“.
spiegel.de/app292012daenemark